

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Ronald Gläser (AfD)**

vom 28. November 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. Dezember 2017)

zum Thema:

Kampf gegen Rechts aus Steuermitteln. Teil 21

und **Antwort** vom 12. Dezember 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Dez. 2017)

Herrn Abgeordneten Ronald Gläser (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/ 12 858
vom 28. November 2017
über Kampf gegen Rechts aus Steuermitteln. Teil 21

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

In der Antwort auf meine Anfrage 18/11795 zum „Kampf gegen Rechts aus Steuermitteln“ schreiben Sie auf S.2 zum Frageteil c) u.a.: „Es ist nicht auszuschließen, dass Träger darüber hinaus Mittel von weiteren staatlichen Stellen erhalten.“

Zudem beantworteten Sie meine Frage c) zu den einzelnen nachgefragten Berliner Trägern, die im „Kampf gegen Rechts“ aktiv sind, lediglich mit Angabe der zuständigen Senatsverwaltung. Details über die Höhe der konkreten staatlichen Zuwendungen an besagte Träger erfolgten jedoch nicht. Dies ist jedoch von zentraler Wichtigkeit!

1. Wie hoch sind die Mittel, die die Senatsverwaltung für Inneres und Sport dem Verein Ufuq e.V. zur Verfügung stellt? Wofür bekommt er das Geld? Bitte Details angeben.

Zu 1.:

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport fördert zwei Projekte des Trägers Ufuq e. V. im Rahmen des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention. Das Landesprogramm wurde 2015 konzipiert, um der Radikalisierung im Bereich Islamismus und Salafismus ein konzertiertes und umfassendes Maßnahmenbündel entgegen zu setzen. Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt wurde mit der Umsetzung beauftragt.

Zu den geförderten Präventionsprojekten von Ufuq e. V. im Einzelnen:

1. Im Projekt "Wie wollen wir leben" – Durchführung, Modulentwicklung, Teambetreuung und Koordination werden Workshops an Schulen angeboten. Ufuq e.V. erhält für 2017 bis zu 104.462 Euro. Im Rahmen der Workshops werden den Schülerinnen und Schülern insbesondere Informationen zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit, Islamismus sowie Dschihadismus nahe gebracht. Ziel ist es, den Schülerin-

nen und Schülern einen Raum zur Diskussion über diese und andere relevante Themen zu bieten und sie hinsichtlich religiös begründeter demokratie- und freiheitsfeindlicher Orientierungen und Verhaltensweisen zu sensibilisieren. Sie sollen in die Lage versetzt werden, (religiöse) Orientierungen, Werte und Normen sowie Identitäten eigenständig reflektieren zu können.

2. Im Rahmen eines weiteren Projekts erstellt Ufuq e.V. pädagogische Materialien zur Radikalisierungsprävention für Fachkräfte. Insbesondere werden Kartensets in einem innovativen Format für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Schule und Jugendarbeit konzipiert und angefertigt. Hierfür erhält der Träger in 2017 bis zu 31.025 Euro.

2. Wie hoch sind die Mittel, die die Senatsverwaltung für Inneres und Sport dem Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung e.V. zur Verfügung stellt? Wofür bekommt er das Geld? Bitte Details angeben.

Zu 2.:

Auch der Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung e. V. wird im Rahmen des Landesprogramms Radikalisierungsprävention gefördert. Das Projekt Berliner (Berufs-)Schulen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt - Prävention von islamistischer Radikalisierung erhält in 2017 eine Förderung von bis 13.600 Euro. Dabei handelt es sich um eine Kofinanzierung. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert das Projekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ mit weiteren 33.934 Euro. Das Projekt richtet sich vor allem an Berufsschulen, aber auch andere Berliner Schulen. Es werden Klassentage, Schulberatung sowie Diskussionsräume zum Austausch für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende zum Thema weltanschauliche und religiöse Vielfalt und islamistische Radikalisierung angeboten. Darüber hinaus werden Fortbildungen für Lehrkräfte durchgeführt.

Berlin, den 12. Dezember 2017

In Vertretung

Christian Gaebler
Senatsverwaltung für Inneres und Sport